

nebenher fünf Hilfskräfte für die bibliographischen Arbeiten, die ja vorwiegend dem Buchhandel selbst wieder zugute kommen. Der größte Teil des deutschen Verlagsbuchhandels liefert kostenlos je ein Stück seiner Jahresproduktion. Diese Zuwendungen entsprachen 1929 einem Ladenpreiswert von 289 200 M. Dazu kamen noch für ungefähr 60 000 M. Schriften als Spenden, die außerhalb des Buchhandels erschienen sind. Im Berichtsjahr gingen über 70 000 bibliographische Einheiten ein, darunter rund 23 000 Zeitschriftenbände. Am 31. März 1930 verfügte die Deutsche Bücherei über einen Gesamtbestand von 841 407 bibliographischen Einheiten; die erste Million wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Unter den deutschen Bibliotheken steht die junge Deutsche Bücherei an vierter oder fünfter Stelle.

Neben der Sammeltätigkeit sind Katalogisierung und Bibliographie der Bücherbestände, Karten, Privatdrucke usw. die wichtigsten Voraussetzungen für die praktische Nuhbarmachung der Bücherei. Da wird ein alphabetischer Katalog (800 000 Karten), ein Sachkatalog (704 000 Karten) und ein Verlegerkatalog (709 580 Karten) geführt. Von den Bibliographien, die von der Deutschen Bücherei bearbeitet werden, seien genannt: das „Tägliche und das wöchentliche Verzeichnis der Neuerscheinungen des Buchhandels“, das „Monatliche Verzeichnis der reichsdeutschen amtlichen Druckschriften“, die „Internationale Bibliographie der Geschichtswissenschaften“, die „Jahresberichte für deutsche Geschichte“, das „Literarische Zentralblatt für Deutschland“ sowie die neue, seit Anfang 1930 monatlich erscheinende Bibliographie „Deutsches Rundfunkschrifttum“. Die bibliographische Auskunftsstelle hatte im Jahre 1929 über 3200 Anfragen zu erledigen. Die Besucherzahl der Deutschen Bücherei betrug 195 025, sie war damit um 48 669 höher als im vorangegangenen Berichtsjahr. Ueber 180 000 Bücher wurden von den Benutzern der Bibliothek angefordert. Der große Lesesaal (206 Arbeitsplätze) und auch der etwas kleinere Zeitschriftenaal waren anhaltend sehr stark besucht. Durch Beteiligung am sogenannten „Deutschen Leihverkehr“ unterhielt die Deutsche Bücherei mit anderen Bibliotheken und mit Behörden einen lebhaften Austauschverkehr. Interessieren dürfte auch, daß seit 1929 alljährlich aus den Jahreseingängen die 50 schönsten deutschen Bücher durch das von der Deutschen Buchkunststiftung eingesetzte Preisgericht festgestellt werden. Besonders erfreulich ist, daß sich seither unter den auserwählten Preisträgern immer Bücher der uns nahestehenden **Büchergilde Gutenberg** befanden.

Die Buchbinderabteilung verarbeitete im Berichtsjahr 36 868 bibliographische Einheiten, und zwar wurden hergestellt: 5182 Kaliko- und Halbleinbände, 12 225 Steifbrochüren, 8716 einfache Brochüren und viele kleine Sachen. Daran ist die Hausbuchbinderei, in der acht Kollegen und fünf Kolleginnen beschäftigt sind, mit 14 150 Einheiten und sehr vielen Ausbesserungsarbeiten an den Bücherbeständen beteiligt.

Leider hat die Deutsche Bücherei in den Kreisen der Arbeiterschaft noch nicht genügend Beachtung gefunden. Unter den Benutzern finden wir die Gruppe „Techniker, Fabrikanten, Landwirte, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter“ mit 24,7 Proz. angegeben. Bei dem starken Bildungsdrang sehr vieler Arbeiter müßten diese allein schon eine erheblich ins Gewicht fallende Gruppe von Benutzern dieser Bildungsgelegenheit stellen. Möge unser Hinweis auf die Deutsche Bücherei und ihre Einrichtungen diesem Ziele recht förderlich sein.

Willy Rothenfelder.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. verwandten Geschäftszweige

hat das 1. Halbjahr 1931 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Abteilung Krankenkasse:	
Beitragseinnahme in Abt. A	108 439,70 M.
Beitragseinnahme in Abt. B	195 676,80 "
Beiträge nach § 8 Abs. 18	1 921,— "
Beiträge nach § 14 Abs. 3	29 140,90 "
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 367,50 "
Kapitalerträge	16 499,42 "
Eintrittsgelder	119,— "
Sonstige Einnahmen	1 227,87 "
Summe	355 392,19 M.
Aufwertungen	5 000,— "
Summe	360 392,19 M.
Bestand von 1930	428 721,03 "
Gesamtsumme	789 113,22 M.
Leistungen in Abt. A	127 710,58 "
Leistungen in Abt. B	196 924,22 "
An den Invalidenfonds	29 140,90 "
An den G.-B.-Fonds	2 367,50 "
Persönliche Verwaltung	29 924,16 "
Sächliche Verwaltung	7 948,86 "
Sonstige Ausgaben	967,37 "
Summe	394 983,59 M.
Bestand vom 30. 6. 1931	394 129,63 "
Gesamtsumme	789 113,22 M.

Abteilung Sterbekasse:	
Beitragseinnahme usw.	23 775,82 M.
Kapitalerträge	13 109,— "
Summe	36 884,82 M.
Bestand von 1930	300 999,59 "
Gesamtsumme	337 884,41 M.
Leistungen	12 336,— "
Verwaltungskosten usw.	2 285,90 "
Summe	14 621,90 M.
Bestand vom 30. 6. 1931	323 262,51 "
Gesamtsumme	337 884,41 M.

Abteilung Invalidenkasse:	
Beiträge nach § 14 Abs. 3	29 140,90 M.
Kapitalerträge	1 710,95 "
Summe	30 851,85 M.
Bestand von 1930	38 308,55 "
Gesamtsumme	69 160,40 M.
Invalidenunterstützung	27 493,50 "
Drucksachen usw.	62,60 "
Summe	27 556,10 M.
Bestand von 1930	41 604,30 "
Gesamtsumme	69 160,40 M.

Generalversammlungsfonds:	
Beiträge nach § 24 Abs. 18	2 367,50 M.
Kapitalerträge	304,58 "
Summe	2 732,08 M.
Bestand von 1930	9 691,51 "
Gesamtsumme	12 423,59 M.
Revisionskosten	50,— "
Summe	50,— M.
Bestand vom 30. 6. 1931	12 373,59 "
Gesamtsumme	12 423,59 M.

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: für Leistungen 90,07 Proz. (unter Berücksichtigung der den Invaliden zugeführten Unterstufungen 97,30 Proz.), für persönliche Verwaltungskosten 8,90 Proz., für sächliche Verwaltungskosten 2,20 Proz., für Ueberweisung an den Invalidenfonds 8,08 Proz., für Ueberweisung an den Generalversammlungsfonds 0,65 Proz. und für sonstige Ausgaben 0,20 Proz. Zur Deckung der Verbindlichkeiten mußten demnach dem Rücklagefonds 9,50 Proz. der Einnahme des ersten Halbjahrs entnommen werden. In rein rechnerischer Beziehung hat das Ergebnis des 2. Quartals wesentlich dazu beigetragen, den besonders ungünstigen Abschluß des 1. Quartals etwas auszugleichen und den des Halbjahrs entsprechend zu beeinflussen. Dabei wird aber beachtet werden müssen, daß das lediglich mit Rücksicht auf die höhere Einnahme für Kapitalerträge

und einer beachtlichen Guthrift für ausgewertete und ausgeloste Wertpapiere geschehen konnte.

In der Abteilung A wurden für Leistungen allein 17,77 Proz. mehr ausgegeben, als an reinen Beiträgen zu verzeichnen war, während in der Abteilung B für den gleichen Zweck nur 0,63 Proz. notwendig waren. Die Ausgaben in Abteilung A verteilten sich mit 56,93 Proz. auf die Barleistungen und 60,83 Proz. auf die Sachleistungen. Für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung mußten 41,33 Proz. der Beitragseinnahme verwendet werden. Ein neuer Beweis dafür, daß die mit den Notverordnungen beabsichtigten Auswirkungen bezüglich der Einnahmen der Kasse ausgeblieben sind.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verwendet: für Leistungen 33,44 Proz., für Verwaltungskosten usw. 6,20 Proz. und dem Rücklagefonds zugeführt 60,36 Proz. Von der Gesamteinnahme dieser Kasse entfielen allein auf die Kapitalerträge 35,54 Proz.

In der Invalidentasse erforderten die Leistungen eine Ausgabe in Höhe von 89,12 Proz. und die für Drucksachen eine solche von 0,20 Proz., so daß dem Rücklagefonds 10,68 Proz. zugeführt werden konnten. Die Zahl der invaliden Kollegen ist in unaufhörlichem Steigen begriffen. Sie betrug am Tage des Abschlusses bereits 720. Die Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges werden dazu beitragen, daß weitere alte Kollegen abgebaut werden, die die Invalidenunterstützung der Kasse in Anspruch nehmen müssen.

Die Barvermögensbestände unserer Kassen bezifferten sich am Schlusse des ersten Halbjahres wie folgt:

Krankenkasse	394 129,63 M.
Sterbekasse	323 262,51 "
Invalidenfonds	41 604,30 "
G.-B.-Fonds	12 373,59 "
Gesamtsumme	771 370,03 M.

Die ungünstigen Zeitverhältnisse wirken sich selbstverständlich auch in unseren Kassen aus. Wir haben deshalb schon lange Vorkehrungen getroffen, um es den Mitgliedern unserer Zuschußkassenabteilung zu ermöglichen, sich ihre in langjähriger Beitragsleistung erworbenen Rechte an die Kasse erhalten zu können. In den letzten Wochen haben wir noch ein Weiteres getan und dem § 8 Abs. 21 der Satzung folgenden Wortlaut gegeben:

„In bedrängten Verhältnissen befindliche Mitglieder der Abteilung B, insbesondere Erwerbslose, können auf besonderen Antrag für je zwei bzw. vier Wochen einen Wochenbeitrag entrichten und sich damit die Hälfte bzw. ein Viertel der jahungsgemäßen Leistungen ihre Beitragsklasse sichern. Für die freibleibenden Markenselder sind jedoch die Beiträge nach § 14 Abs. 3 zu entrichten. Die Extrasteuer nach § 24 Abs. 18 ist gleichfalls zu bezahlen.“

Nach Wegfall der bedrängten Verhältnisse können die Kollegen zur vollen Beitragsleistung zurückgehen. Sie haben in diesem Falle nach einer Karenzzeit von nur 13 Wochen wieder den vollen Anspruch erworben. Der Antrag auf Beitragsleistung nach § 8 Abs. 21 ist an die Ortsverwaltungen zu richten. Den Kollegen, die von dieser Beitragsleistung Gebrauch machen müssen, ist zu raten, dies sofort zu tun und nicht erst Restwochen auskommen zu lassen. G. 3.

15. Verbandstag der Lithographen und Steindrucker.

Vom 16. bis 19. August waren die Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker zu einer außerordentlich ernsten Tagung in Erfurt zusammen. Für die Vorbereitung des Verbandstages waren die Statutenberatungskommission und die Gauleiter schon zwei Tage zuvor berufen, um insbesondere zu der wichtigen Frage der Satzungsänderungen und der Neugestaltung der Beiträge und Unterstufungen Stellung zu nehmen. Der Verband, der Ende des Jahres 1930 21 170 Mitglieder zählte, umfaßt 97 Proz. der Berufsangehörigen und steht damit an der Spitze aller deutschen Gewerkschaften in bezug auf das organisatorische Verhältnis. Die allgemeine Wirtschaftskrise, verbunden mit den technischen Umwälzungen, wirkte außerordentlich stark auf den

Beschäftigungsgrad der Verbandsmitglieder ein. In der Berichtsperiode stieg die Zahl der Arbeitslosen von 5 auf 29,9 Proz. Durchschnittlich betrug die Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 22,1 Wochen gegenüber 12,7 Wochen im Jahre 1928.

Trotz dieser Verhältnisse vermochte der Verband in tariflicher Hinsicht gute Erfolge zu erzielen. Durch drei Tarifverträge sind für 1385 Betriebe mit 19 493 Personen die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt. Der von den Berufsangehörigen durchschnittlich erzielte Wochenlohn beträgt 67,16 M. Nicht uninteressant ist eine Zusammenstellung über das Alter, in dem die Berufsangehörigen stehen. Im ersten Gehirnsjahre befinden sich 8,0 Proz. mit einem Durchschnittswochenlohn von 41,79 M., im Alter bis 24 Jahre befinden sich 11,9 Proz. mit einem Durchschnittswochenlohn von 56,06 M., über 24 Jahre alt sind 74,8 Proz. mit einem Durchschnittswochenlohn von 71,88 M. und im Alter von über 60 Jahre befinden sich 5,2 Proz. mit einem Durchschnittswochenlohn von 66,25 M.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit hat die Finanzen des Verbandes außerordentlich stark in Anspruch genommen. Obwohl bisher ein Verbandsbeitrag von 2,20 M. erhoben wurde, reichte dieser nicht mehr aus, um die Ansprüche, die auf Grund des Statuts an die Verbandsstufe gestellt wurden, auf die Dauer zu erfüllen, sollte nicht die Stoßkraft des Verbandes darunter leiden. Neben der großen Arbeitslosigkeit trat auch eine starke Minderung der Invalidenunterstützung beziehenden Mitglieder in die Erscheinung, waren doch am Ende des Jahres 1930 715 Invaliden zu unterstützen, gegenüber 433 zu Beginn des Jahres 1928. Der Verband war somit gezwungen, eine Regelung im Beitrags- und Unterstützungsweise vorzunehmen, die den gegenwärtigen Verhältnissen gerecht zu werden geeignet erschien.

Der Begründungstag am Sonntag, dem 16. August, galt zugleich als Eröffnungstag des Verbandstages. Der Verbandsvorsitzende Kollege Haß erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß der 15. Verbandstag deshalb von besonderer Bedeutung sei, weil im Jahre 1931 der Verband auf eine vierzigjährige Tätigkeit zurückblicken könne. Die Not der Zeit habe die Organisationsleitung davon abstrahieren lassen, eine größere Feier zu veranstalten. Die Berufsangehörigen seien sich bewußt, welche gewaltige Arbeit in den vierzig Jahren für die Kollegenschaft geleistet worden sei. Sein Wunsch ging dahin, daß die Delegierten sich des Ernstes der gegenwärtigen Situation bewußt sein und in sachlicher Mitarbeit sich bemühen mögen, Beschlüsse zustande zu bringen, die dem Wohl der Kollegen und dem Wohl der Organisation zu dienen geeignet seien. Im Namen der übrigen drei graphischen Organisationen des Verbandes der Buchdrucker, der Buchbinder und der Graphischen Hilfsarbeiter sprach Kollege Krauß vom Buchdruckerverband dem Verbandstag die besten Glückwünsche aus, er brachte dabei zum Ausdruck, daß das bisherige freundschaftliche Zusammenarbeiten zwischen den graphischen Verbänden auch weiterhin bestehen bleiben möge. Kollege Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund übermittelte die Grüße des Bundesvorstandes und gab in knappen Sätzen ein Bild der Entwicklung der Gewerkschaften Deutschlands. Kollege Lindemann, Amsterdam, überbrachte die Grüße der Internationale der Lithographen und Stein drucker.

Der erste Verhandlungstag war den Geschäftsberichten des Vorstandes, des Verbandsausschusses und der Schriftleitung der „Graphischen Presse“ gewidmet. In großen Zügen gab Kollege Haß ein Bild der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und stellte mit aller Deutlichkeit die Stellung der Organisation zu den wirtschaftlichen und zu den politischen Problemen heraus. Die gegenwärtige Krise mit ihrem standstilligen kapitalistischen Begleiterscheinungen zeuge von einer teilweisen Unfähigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer. Die Arbeiterklasse habe alle Ursache, wachsam zu sein, denn die „Nationale Selbsthilfe“, die heute von den Unternehmern gepredigt werde, bedeute nichts anderes, als einen scharfen Angriff auf das Tarifrecht und die soziale Gesetzgebung. Die Forderung des Verbandes gehe dahin, daß die Notverordnung vom 5. Juni eine Aenderung erfahren müsse. Eine entsprechende Entschloßung fand die Zustimmung des Verbandstages.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt, die geleistete Arbeit gewürdigt und ihnen der Dank für

dieselbe zum Ausdruck gebracht. Der Auffassung des Verbandsvorstandes, daß die RWD-Leute in der Reihe der Organisation nichts mehr zu suchen haben, wurde gebilligt. Der Bericht des Verbandsausschusses und der Schriftleitung wurde gleichfalls gutgeheißen.

Der zweite Verhandlungstag befaßte sich mit der Auswirkung der gegenwärtigen Lage auf die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes. In geschlossener Sitzung wurden alle Faktoren, die bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Bedeutung sind, einer eingehenden Würdigung unterzogen. Mit aller Deutlichkeit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums nicht zu einer Erleichterung der Krise beitragen könne. Nachstehende Entschloßung fand einstimmige Annahme:

1. Der Verbandstag in Erfurt billigt die bisherige Tarif- und Vertragspolitik des Verbandes. Sie wird auch für die Zukunft bestätigt und zur Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts als notwendig und nützlich angesehen.
2. Der Verbandstag fordert von den verantwortlichen Körperschaften des Verbandes, weitere Verschlechterungen der Manteltarife und der Realloöhne mit aller Energie zu bekämpfen und erwartet dazu die tatkräftige Mithilfe der Kollegen.
3. Mit der Lösung dieser Aufgabe soll eine bewußte und starke Fürsorge für die Arbeitslosen Hand in Hand gehen. Zu Beschaffung freier Arbeitsstellen ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden durchzuführen. Die Ueberstunden sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die tariflichen Bestimmungen über die zulässige Lehrlingszahl sind dahin zu ändern, daß nur so viel Lehrlinge ausgebildet werden, als mit einiger Aussicht im Beruf Beschäftigung finden können.
4. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Lohnentwicklung ganz besonders scharf zu beobachten. Er erhält die Ermächtigung, zu geeigneter Zeit auf eine kollektive Gestaltung des Lohnes hinzuwirken.
5. Um diese Forderungen zur Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes durchzusetzen, ist der Ausbau der gewerkschaftlichen Kampfmittel und die Stärkung des Kampffonds durchzuführen. Der Verbandsvorstand erhält Vollmacht, die Mittel dieses Kampffonds nur für Gewerkschafts- und Bildungsaufgaben bereitzustellen.

Das einleitende Referat über das Kampfwesen des Verbandes und über die dazu von der Kommission gefaßten Beschlüsse über die Neugestaltung des Statuts erstattete der Verbands-kassierer Kollege Reinen. In umfassender Weise gab er ein Bild des Kampfabendens in den letzten drei Jahren, insbesondere wies er auf die gewaltige Anspannung der Verbandsfinanzen infolge der Wirtschaftskrise hin und erläuterte die Beschlüsse der Statutenberatementkommission, die darauf abzielten, den veränderten Verhältnissen gerecht zu werden. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Kollege Herbst, unterstützte noch nachdrücklich die von der Statutenberatementkommission vorgelegten Angaben, er brachte zum Ausdruck, daß der Verbandstag nunmehr darüber zu entscheiden habe, ob der Verband weiterhin als eine Gewerkschaft oder ein Unterstützungsverein gelten sollte. Bei aller Fürsorge für die in Not geratene Kollegenschaft dürfe doch der Kampfscharakter nicht verloren gehen. Der Verbandsbeitrag, der bisher 2,20 M. betragen hatte, wovon 20 Pf. für die Lokalkasse bestimmt waren, wurde auf 2,40 M. erhöht. Von dem neuen Beitrag sollen die Lokalkassen 25 Pf. verbleiben, so daß an die Verbandskasse 2,15 M. abzuführen sind. Zugleich wurde beschlossen, daß die Verteilung des Beitrages wie folgt zu geschehen hat: 75 Pf. für die Gewerkschaftskasse, 45 Pf. für die Arbeitslosenkasse, 40 Pf. für die Krankenkasse und 55 Pf. für die Invalidenkasse. Weiter wurde beschlossen, daß jeder Unterstützungsmitglied sich selbst tragen müsse. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat erhielten Vollmacht, Höhe und Dauer der einzelnen Unterstützungsarten vorübergehend zu ändern. Weiter wurden die Verbandskörperschaften ermächtigt, für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen die Beiträge evtl. zu erhöhen. Zur Befreiung drücklicher Ausgaben steht den Mitgliedern das Recht zu, einen wöchentlichen Beitrag bis zu 30 Pf. zu erheben. Die Einnahmen der Lokalkassen dürfen für Zuschüsse zu

statutarischen Verbandsunterstützungen nicht in Anspruch genommen werden. Da, wo solche Zuschüsse bereits eingeführt sind, soll deren Abbau vorgenommen werden. In den Mitgliedschaften können mit Genehmigung des Verbandsvorstandes zur Unterstützung ausgesteuerter Mitglieder oder bei besonderen Notfällen Extrabeiträge erhoben werden. Für die Schaffung eines internationalen Widerstandsfonds soll alle Jahre ein Extrabeitrag von 50 Pf. von den Mitgliedern erhoben werden.

Weiter bestätigte der Verbandstag erneut den Beschluß des Verbandstages zu Köln, wonach wieder eingetretenen oder wieder eintretenden Kollegen früher erworbene Rechte weder ganz noch teilweise angerechnet werden dürfen. Die Unterstützungen wurden so festgelegt, daß sich deren Durchführung mit der veränderten Beitragshöhe ermöglichen lassen wird. Dabei wurde beschlossen, daß alle Unterstützungen des Verbandes unter der ausdrücklichen Bestimmung gewährt werden, daß sie lediglich die öffentlichen Leistungen ergänzen sollen. Bei etwaiger Anrechnung auf die öffentlichen Leistungen soll die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden. Die Beschlüsse sollen mit dem neuen Statut zu Beginn des vierten Quartals, d. h. am 27. September 1931, in Kraft treten.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder und Gauleiter sowie die leitenden Angestellten der Zahlstellen wurden einstimmig wiedergewählt.

Den Bericht über die technische Zentrale und die Entwicklung der beruflichen Technik erstattete in höchst anschaulicher Weise der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Herbst.

In seinem Schlußwort gab der Verbandsvorsitzende Haß einen Ueberblick über die gefaßten Beschlüsse und hob dabei deren weittragende Bedeutung für den Verband hervor. Die Erkenntnis der zurzeit bestehenden Tatsachen sei für die Delegierten bei der Beschlußfassung maßgebend gewesen. Durch sie würde der Kampfscharakter des Verbandes gewahrt, so daß der Glaube und die Hoffnung berechtigt sei, daß der Verband die Krise weiterhin überstehe und sich auch fernerhin gut zu entwickeln vermöge. 5.

INTERNATIONALES

Der Stand der Aussperrung in Norwegen.

Am 21. Juli haben auf Einladung des Schlichters Besprechungen stattgefunden, die noch fortgesetzt werden sollen; eine Vorstandskonferenz, die sich natürlich ebenfalls mit der Aussperrung beschäftigte, hat am 29. Juli stattgefunden, und die vom 24. bis 26. Juli in Stockholm abgehaltene skandinavische Konferenz der drei Buchbinderverbände beschloß unter Mitwirkung des Internationalen Sekretärs, die Unterstützungsaktion für die ausgesperrten Kollegen in Norwegen fortzusetzen.

Das Verbandsorgan des norwegischen Buchbinderverbandes vom 15. August läßt noch nicht auf eine baldige Beendigung der Aussperrung schließen, die nun schon seit fünf Monaten dauert. Der staatliche Schlichter hatte den Parteien einen neuen Vorschlag unterbreitet, dessen Beantwortung bis zum 11. August erfolgen sollte, der jedoch nach den vorliegenden Nachrichten ebenfalls abgelehnt worden ist, obgleich er gegen einen früheren Vorschlag günstigere Bestimmungen für die Arbeiter vorsah. Das tragische an der Situation ist, wenn man so sagen darf, daß die Buchbindermeister in ihrer großen Mehrheit gern bereit sein würden, die Aussperrung zu beenden, sie befürchten jedoch die Rache der Großindustrie durch Auftragsperre. Die Unternehmer haben übrigens vor Beginn der Aussperrung eine Vereinbarung getroffen, nach der der Kampf nur mit Zustimmung sämtlicher Arbeitgeberverbände abgebrochen werden darf. So erscheint ein Ende noch nicht abzusehen, er dürfte im Gegenteil noch eine Verschärfung erfahren.

*

Oesterreich.

Nach wochenlangen schwierigen Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen ist es dem österreichischen Buchbinderverbände gelungen, seine drei abgelassenen Reichstarife wieder zu erneuern. Auch dort waren die Verhandlungen

wesentlich erschwert durch die schwere Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit.

Der Tarif für die Briefumschlagindustrie (Papierkonfektion) wurde nur auf ein Jahr verlängert. Dagegen wurde der Reichsmanteltarif für sämtliche Klein- und Großbuchbindereien Oesterreichs für die Zeit vom 1. August 1931 bis zum 31. Juli 1934, also auf drei Jahre, vereinbart. Der Reichstarif für die Buchdruckerei-Buchbinder wurde sogar auf fünf Jahre, und zwar für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1936, neu abgeschlossen.

Die Löhne, die in der bisherigen Höhe auch weiter gelten, betragen in den Buchbindereien in der Spitze 62 Schilling pro Woche — für Linierer 63,50 Schilling — und für Arbeiterinnen 35,50 Schilling. Das wäre nach deutscher Währung für Buchbinder ein Stundenlohn von 77 Pf., für Linierer ein solcher von 78½ Pf. und für Buchbindereiarbeiterinnen ein solcher von 44 Pf.

Die Buchdruckerei-Buchbinder erhalten einen Spitzenlohn von 66,90 Schilling, die Arbeiterinnen einen solchen von 38,10 Schilling pro Woche, was in unsere Währung umgerechnet einen Stundenlohn von 83 bzw. 47 Pf. ergibt.

Bei diesen relativ niedrigen Löhnen sind aber die außerordentlich niedrigen Ausgaben für Wohnungsmieten zu berücksichtigen, wodurch die Lohnhöhe ein ganz anderes Gesicht bekommt.

*

Tariffsabschluss in Dänemark.

Wie nach den letzten Nachrichten aus Dänemark anzunehmen war, ist es auf Grund des Vorschlages des Schlichters vom 29. Juni unterm 27. Juli zu einem Tariffsabschluss gekommen, obgleich die Unternehmer bis zum letzten Augenblick für einen viel weitergehenden Lohnabbau eingetreten waren, als er nun tatsächlich erfolgt ist. Er beträgt bei den Akkordlöhnen der Männer 6 Proz., bei denen der Frauen 3 Proz. Auch die Stundenlöhne wurden herabgesetzt, und zwar 7 Proz. bei einem Stundenlohn von mehr als 150 Oere und endend mit 3 Proz. bei weniger als 120 Oere. Diese gelten übrigens gleichzeitig als unterste Grenze des Stundenlohnes für Arbeiter, während für Arbeiterinnen der Minimallohn 70 Oere beträgt. Höhere Stundenlöhne werden um 3 Proz. gekürzt.

Diese Bestimmungen weisen in den einzelnen Branchen geringe Abweichungen auf; dasselbe gilt für die Gewährung eines bezahlten Urlaubs, der im allgemeinen 4 Tage beträgt. Der Tarifvertrag, der zunächst bis zum 1. April 1932 Gültigkeit hat, trägt die Unterschrift von acht Organisationen und zwar von seiten der Arbeiter diejenige des Allgemeinen Dänischen Gewerkschaftsbundes und des Verbandes der Buchbinder; von der Gegenpartei haben unterzeichnet: der Dänische Arbeitgeberverband und fünf verschiedene Vereinigungen der Buchbindermeister und Papierverarbeitung.

Berichte.

Berlin. Die von 528 Delegierten besuchte Generalversammlung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der in der Berichtsperiode verstorbenen 4 weiblichen und 14 männlichen Verbandsmitglieder, im besonderen des Kollegen Eugen Brüdner.

Der Kollege Imhof erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Leider hat die Zahl der Arbeitslosen um 600 Berufsangehörige zugenommen. Es waren arbeitslos am 30. Juni 1931 1460 Kollegen und 4245 Kolleginnen, insgesamt 5705. Organisiert waren von den Arbeitslosen 3811, so daß wir rund ein Drittel der Berliner Mitgliedschaft als arbeitslos zu rechnen haben. Dazu kommen noch 2013 Kurzarbeiter.

Der Berichterstatter erläuterte die einzelnen Paragraphen des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 erneut verschlechtert wurden, und betonte dabei, daß die gewerkschaftlichen Instanzen bemüht sind, die Regierung zu veranlassen, die Härten in der Notverordnung zu mildern bzw. zu beseitigen.

Zu den Lohnbewegungen übergehend, sei zu erwähnen, daß der Kartonnagen-Mantel- und Lohnartefiziervertrag gekündigt worden ist. Ein neuer Abschluß ist noch nicht zustande gekommen, das Reichsarbeitsministerium soll endgültig entscheiden.

Mit Ausnahme des Buchdrucker-Lohnartefizes sind alle übrigen Lohnartefizes gekündigt worden.

Da mittlerweile mit dem „Api“ verhandelt wurde, machte es sich notwendig, in der Berichterstattung auch in das neue Quartal überzugreifen. Die schwierigen Verhandlungen über den „Api“-Lohnvertrag, über die Geschäftsbüchereifabriken und besonders für die Briefumschlag-Betriebe wurden eingehend geschildert. Nach zweitägigen Verhandlungen ist es gelungen, den „Api“-Lohnvertrag bis zum 11. November 1931 unverändert zu verlängern. Bei den Briefumschlag-Arbeiterinnen ist die Lohn- und Altersstaffel infolgedessen verändert worden, daß der Spitzenlohn der Arbeiterinnen zwei Jahre später erreicht wird. Die zur Zeit bestehenden Löhne sollen von dieser Veränderung nicht berührt werden.

In der Berichtsperiode wurde mit den Stein-druckerei-Besitzern der Manteltarifvertrag für die Lugsuspapierbranche mit unwesentlichen Änderungen erneut abgeschlossen. Rechtzeitig wurde der Lohnartefiziervertrag zum 30. Juni aufgekündigt, die Unternehmer beantragten, den Lohn um weitere 10 Proz. zu senken. Eine Verständigung ist bis zum Schlusse des Vierteljahres nicht möglich gewesen, zumal unsererseits nach wie vor die Auffassung vertreten werden muß, daß der an und für sich schon niedrige Lugsuspapierlohn eine weitere Herabsetzung nicht verträgt.

Die Firma Gobiet u. Pniower hat den im Januar abgeschlossenen Hausartefiziervertrag zum 31. Juli aufgekündigt. Der Antrag der Firma geht dahin, die Löhne um weitere 7½ Proz. zu senken. Bis zum Ende des Vierteljahres haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden.

Die Lohnbewegungen in der Briefumschlagfabrik von Schneidewind wird nunmehr eingehend von dem Kollegen Imhof geschildert. Nachdem in dieser Firma den Akkordarbeiterinnen prozentual der Lohn im Februar ebenfalls gesenkt wurde, glaubte die Firma, weiterhin den Arbeiterinnen die Akkordpreise nochmals um 10—18 Proz. senken zu können. Dagegen haben sich die Kolleginnen mit Unterstützung der Organisation auf das energischste zur Wehr gesetzt. Nach ergebnislosen Verhandlungen vor dem Tarifschiedsgericht wurde den Akkordarbeiterinnen zum 13. Mai das Arbeitsverhältnis aufgekündigt mit der Maßgabe, daß nunmehr nur noch der tarifliche Stundenlohn gezahlt wird. Diese Zumutung lehnten die Kolleginnen einmütig ab und wurde damit die Aussperrung ab 15. Mai perfekt. Zu Ehren der Kolleginnen muß gesagt werden, daß sie in der 6 Wochen währenden Aussperrung sich sehr wacker gehalten haben. Leider haben sich an den Reihen der revolutionären Unorganisierten in kürzester Zeit eine größere Anzahl von Streikbrechern gefunden und besonders kennzeichnend für die revolutionären Schreier war, daß unter den Streikbrechern sich eine Anzahl von A.O.D.-Leuten befanden. Wenn die Firma mit diesen Streikbrechern auch nicht viel anfangen konnte, so sollte die Zahl der Arbeitswilligen doch wenigstens deprimierend auf die Ausständigen wirken. Nebenbei verfuhrte noch die Firma durch verschiedene Schreiben an die ausgesperrten Kolleginnen, dieselben von der Bewegung abzuhalten und zu den angebotenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Nicht eine einzige Kollegin fand sich bereit, das Angebot der Firma anzunehmen. Nach drei Wochen wurden die ersten Verhandlungen mit der Firma aufgenommen. Nach weiteren drei Wochen kam es dann zu einem Friedensvertrag, der einen annehmbaren Erfolg darstellte. Es wäre ohne Zweifel ein schnellerer Abschluß der Bewegung und ein besserer Erfolg möglich gewesen, hätte die Firma nicht soviel Streikbrecher gefunden. Aus dieser Bewegung sei die Lehre zu ziehen, daß man dem Geschrei, auch die Unorganisierten kämpfen solidarisch mit uns, nicht den geringsten Wert beilegen kann. Die übliche Rolle, die die A.O.D.-Leute bei diesem Streik gespielt haben, muß aber noch ganz besonders hervorgehoben werden.

Die Tätigkeit der Branchenleitungen war trotz der Ferienzeit außerordentlich umfangreich. Eine größere Anzahl von Stilllegungsverhandlungen mußten von uns wahrgenommen werden. Ferner mußten eine Reihe von Betriebsversammlungen sich mit dem verlustreichen Abbau der überartefizialen Entlohnung beschäftigen, und überall da, wo die Kollegenschaft standhaft war, konnten im Verhandlungswege die Abbaumaßnahmen der betreffenden Firmen abgewehrt werden.

Daß wir in dieser Notzeit in großem Ausmaß das Arbeitsgericht in Anspruch nehmen mußten, ist selbstverständlich. Allein im verfloßenen Vierteljahr sind über 10 000 Mart für unsere klagenden Mitglieder vor dem Arbeitsgericht erstirkt worden.

Der Kollege Bytomski erstattet nunmehr den Rassenbericht. Die reinen Einnahmen aus Beiträgen für die Zentralkasse betragen rund 88 000 Mart, ausgegeben wurden aus Mitteln der Zentralkasse 112 000 Mart, so daß ein Zufluß aus zentralen Mitteln in Höhe von rund 24 000 Mart geleistet werden mußte. Im 2. Vierteljahr mußte deshalb erstmals aus der Zentralkasse ein Zufluß von 40 000 Mart angefordert werden. Die reinen Einnahmen ohne Bestand

für die Lokalkasse betragen 27 000 Mart, die Ausgaben rund 39 000 Mart, der Lokalkassenbestand hat sich somit um 12 000 Mart verringert. Sparmaßnahmen, die für die Lokalkasse im 2. Vierteljahr beschlossen wurden, werden sich erst im 3. Vierteljahr auswirken.

Die Diskussion über den Geschäfts- und Rassenbericht war sehr kurz und bot nichts Bemerkenswertes.

Der beantragte Entlastung durch den Kollegen Reiblinger für die Kassierer wurde einstimmig stattgegeben. Wiedergewählt als Revisoren wurden die Kollegen Wittig und Schumacher.

Ein Antrag der Arbeitslosen: den ausgesperrten Verbandsmitgliedern Weihnachtunterstützung zu gewähren, verbunden mit dem Deckungsvorschlag der Ortsverwaltung, der dahin geht, den Mitgliedern der 2. und 3. Klasse 13 Extrabeiträge à 20 Pf., den Mitgliedern der 4. und 5. Klasse 13 Extrabeiträge à 40 Pf. als Pflichtleistung aufzuerlegen, wird von dem Kollegen Briemer eingehend begründet und der Generalversammlung zur Annahme empfohlen.

Der Kollege Gzike beantragt, den Antrag der Ortsverwaltung dahingehend zu erweitern, daß Mitglieder der 2. und 3. Klasse mit einem Verdienst von 40 Mk. und darüber 40 Pf. und die der 4. und 5. Klasse mit einem Verdienst von 70 Mart und darüber 80 Pf. als Extrabeitrag zu entrichten haben. Nach weiterer kurzer Aussprache über die vorliegenden weiteren Anträge wird gegen 1 Stimme der Abänderungsantrag Gzike angenommen. Der Gesamtantrag einsehl. der Erweiterung wird gegen 1 Stimme angenommen.

Eine Entschließung des Kollegen Selke, der in scharfer Form sich gegen die Tätigkeit des A.O.D. und das Referat Larnons auf dem SPD.-Parteitag wendet, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Nachdem noch eine Reihe von Beschwerden von arbeitslosen Kollegen besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Arbeitslosenstatistik usw.** In den letzten Tagen sind an alle Kassierer der Zastellen und Gaue die Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sowie wiederum die Berichtskarten betr. geleisteter Ueberstunden gefandt worden.

Zu gleicher Zeit sind auch allen in Frage kommenden Orten die Konjunkturberichtskarten überfandt worden.

Ferner werden beigelegt die Berichtskarten über gezahlte Unterstützung an Ausgesteuerte.

Wir bitten um recht pünktliche Einsendung aller Karten.

*

Abrechnungen

vom 2. Quartal 1931 gingen weiter bis zum 25. August bei der Verbandskasse ein: von Lützenwalde — Mk.; Bünde i. B. 180,— Mk.; Hanau am Main — Mk.; Aue i. Erzgeb. 32,85 Mk.; Zwickau — Mk.

*

Adressenänderungen:

Blauen i. B. B.: Erich Dietrich, Blauen, Ammerstraße 40. K.: Ernst Mittelstädt, Blauen, Reifiger Straße 115.

Inhaltsverzeichnis.

Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer. — Der Lohnartefiz bis Jahreschluß verlängert. — Ergebnislose Aussprache über die Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Deutsche Bücherei.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

15. Verbandstag der Lithographen und Stein-drucker. Internationales: Der Stand der Aussperrung in Norwegen. — Oesterreich. — Tariffschluß in Dänemark.

Berichte: Berlin. —

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.